

# Niedrigschwellige Angebote für Jugendliche, die auf der Straße leben

von Dirk Bange

Schon seit langer Zeit wird in der Fachszene darüber diskutiert, ob das Hilfeangebot für Jugendliche und Jungerwachsene in Hamburg ausreichend und niedrigschwellig genug ist, um verdeckte Wohnungslosigkeit bzw. ein Leben auf der Straße zu verhindern. Seit zwei Jahren wird ein neuer Ansatz der Kinder- und Jugendhilfe, der durch die „Werkstatt Solidarität Essen“ entwickelt wurde, als ein möglicher Lösungsweg angesehen. Der Kern des Projektes ist das intensiv betreute Einzelwohnen. Der Träger mietet für die Jugendlichen Wohnungen an, in die sie ohne Vorbedingungen einziehen können. Sie sollen so ein Zuhause erhalten und lernen selbstständig zu leben. Die für die Jugendlichen zuständigen Sozialarbeiter\*innen sind 24 Stunden am Tag zu erreichen. Für jede\*n Jugendliche\*n stehen mindestens zwei Betreuer\*innen zur Verfügung. Für die Jugendlichen werden darüber hinaus unterschiedliche Beschäftigungsprojekte angeboten. Mit Erreichen der Volljährigkeit wird der Mietvertrag auf den/die dann Jungerwachsene\*n übertragen (Heemann 2020, 297 ff.). Im Jahr 2020 wurden von der „Werkstatt Solidarität“ 196 Kinder, Jugendliche und Jungerwachsene in das intensive Einzelwohnen aufgenommen (8 Kinder, 177 Jugendliche und 11 Jungerwachsene). Im Folgenden wird ein Blick auf die Situation in Hamburg geworfen und der Frage nachgegangen, ob vor dem Hintergrund der Hamburger Hilfelandschaft Weiterentwicklungen notwendig sind und ob das Essener Modell dabei eine Rolle spielen könnte.



Foto: Ev-IWJH\_unsplash

## Wie viele Jugendliche und Jungerwachsene leben in verdeckter Wohnungslosigkeit?

Bis heute liegen weder für Hamburg noch bundesweit verlässliche Zahlen darüber vor, wie viele Minderjährige und Jungerwachsene auf der Straße leben. Das Deutsche Jugendinstitut geht auf Basis einer Befragung von Fachkräften, die mit Straßenjugendlichen arbeiten, von etwa 37.000 Jugendlichen und Jungerwachsenen unter 27 Jahren aus. Darunter sind knapp 300 Kinder und etwa 6.200 Jugendliche. Die beiden Autorinnen Sarah Beierle und Carlin Hoch (2017, 8 ff.)

weisen aber zu Recht und nachdrücklich darauf hin, dass es bislang keine wirklich gesicherten Daten zur Anzahl betroffener Jugendlicher gibt. Sie begründen das zum einen mit dem Fehlen einer einheitlichen Definition und zum anderen damit, dass sich viele dieser jungen Menschen bewusst von institutionellen Strukturen fernhalten. Sie bleiben deshalb für diese unsichtbar. Außerdem nutzen sie verschiedene Angebote gleichzeitig, so dass es zu Mehrfacherfassungen kommen kann (siehe auch Bange 2016). Wie viele Minderjährige die Kinder- und Jugendhilfe nicht oder nur rudimentär erreicht und ob ihre Zahl zunimmt, ist nicht bekannt. Die „hamburger arbeit GmbH“ hat im Auftrag des Bezirksamtes Wandsbek im Jahr 2020 versucht, Daten zu erheben. Die Autor\*innen der Expertise Carmen Steiner, Barbara Schneider und Simon Ohlig haben Interviews mit 30 Expert\*innen aus Be-

hörden, von Trägern der Kinder- und Jugendhilfe, der Straßensozialarbeit, aus Bildungseinrichtungen und den Bezirken geführt. Zudem interviewten sie fünf betroffene junge Menschen im Alter von 19 bis 27 Jahren (hamburger arbeit 2020, 2). Die Analyse ergab folgende Hinweise auf die Größe des Ausmaßes im Jahr 2019:

- ◆ Im Projekt Jugend Aktiv Plus in Wandsbek gab es 38 Fälle.
- ◆ Vier Fälle waren beim Fallmanagement der Jugendberufsagentur Wandsbek bekannt.
- ◆ 50 Fälle gab es beim Projekt „Off Road Kids“ (ebd., 4 f.).

Zusammenfassend wird konstatiert: „Wie unscharf und fragmentiert das aktuelle Bild von jungen Menschen in verdeckter Wohnungslosigkeit ist, wird hierdurch sehr deutlich“ (ebd., 5). Unzweifelhaft ist aber, dass auch in Hamburg ein Problem besteht. Dies zeigen u.a. die Stellungnahmen der ständigen Vertretung der Straßenkinder („MOMO“), das Berichtswesen des „KIDS“ aber auch Veröffentlichungen von Jugendlichen, die in Hamburg auf der Straße gelebt ha-

Die Erfahrungen der „Werkstatt Solidarität“ aus Essen zeigen, dass der Ansatz erfolgversprechend sein könnte.

Es müsste zudem ein Konsens mit den anderen beteiligten Institutionen wie der Polizei ...

ben (Laura 2020). Gerade der Bericht von Laura belegt dies eindrücklich und verdeutlicht, dass das Hilfeangebot weiterentwickelt werden muss. Hinzu kommen die Jugendlichen, die aus Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe oder von zu Hause weglaufen. Gründe dafür sind u.a. die oftmals fehlende Beteiligung der Jugendlichen an Hilfeplangesprächen, die dann zu nicht passgenauen Angeboten führt, oder dass die Jugendlichen gegen ihren Willen zu den Eltern zurückgeschickt werden (siehe zum Beispiel auch Laura 2020).

## Ein kurzer Blick zurück

Im Jahr 1982 wurde in Hamburg unter dem Motto „Menschen statt Mauern“ eine Reform der stationären Unterbringung eingeleitet. Große Einrichtungen wurden zugunsten kleinerer stationärer Angebote geschlossen. Die geschlossene Unterbringung wurde abgeschafft (Bittscheid & Kunstreich 2014, 69 ff.). Insbesondere wurden seinerzeit auch Jugendwohnungen etabliert. Es gab sie in einer stationären und einer ambulanten Form. Sie sollten die Selbstständigkeit und die Autonomie der Jugendlichen stärken. Besonders problematische Jugendliche wurden in ihren Wohnungen einzeln betreut (Peters & Wohler 1993, 112). Das betreute Einzelwohnen und die ambulante Form des Jugendwohnens erinnern an das Modell der „Werkstatt Solidarität“ aus Essen. Allerdings gab es seinerzeit schon die Befürchtung, dass die Betreuung der Jugendlichen nicht eng genug sei und es zu Problemen mit der Nachbarschaft kommen könnte (ebd., 114). Die im Rahmen der Studie „Leistungen und Grenzen der Heimerziehung“ unter Leitung von Hans Thiersch befragten Jungerwachsenen äußern dementsprechend, dass ihnen das Alleinsein durchaus Probleme bereitet und ihnen manchmal ein/e Ansprechpartner\*in fehlt, wenn sie nach Hause kommen und zuvor etwas Schwieriges erlebt haben. Entscheidend für den Erfolg des betreuten Einzelwohnens ist aus Sicht der Jugendlichen eine gute Vertrauensbeziehung zu ihrem/ihrer Betreuer\*in (Baur u.a. 1998, 577 ff.).

In Hamburg kam das Jugendwohnen 1998 politisch stark unter Druck nachdem zwei 16-jährige Jungen einen Ladenbesitzer erstachen. Die beiden lebten seit kurzer Zeit in einer Jugendwohnung. In der Folge gründeten sich Bürgerinitiativen. Und bis nach Bonn hallte der Ruf nach härteren Strafen und geschlossenen Heimen für kriminelle Jugendliche. In der Fol-



Foto: ReidNaaykens\_unsplash

ge dieser und andere Taten wurde eine Enquetekommission „Jugendkriminalität“ einberufen, die Ende Mai 2000 ihren Abschlussbericht vorgelegt hat. Mit der Wahl des Senats aus CDU und Schill-Partei kam es im Januar 2003 zur Wiedereinführung der geschlossenen Unterbringung in Hamburg. Im Jahr 2008 wurde die Einrichtung in der Feuerbergstraße wieder geschlossen.

## Welche Hilfen gibt es in Hamburg?

Vor diesem politischen Hintergrund wird es in Hamburg sehr schwierig, ein Konzept wie das der „Werkstatt Solidarität“ umzusetzen. Hamburg verfügt über ein breites Hilfeangebot: So werden seit Langem das „KIDS“ als niedrigschwellige Anlaufstelle und die „Schlafstatt“ (KIDS) gefördert. In der „Schlafstatt“ können bis zu fünf junge Menschen bis zu einem Alter von 21 Jahren unbürokratisch übernachten. Bei Minderjährigen geschieht die Unterbringung in Abstimmung mit dem

ASD. Für die Jungerwachsenen ist das Jungerwachsenenprojekt (JEP) mit drei Standorten geschaffen worden. Daneben gibt es noch Projekte wie „RUE 66“, die „junge Wohnhilfe“ und „Home support“ als Teil der Gesamtstrategie „Hier wohnt Hamburgs Jugend“.

Zudem gibt es Beratungsangebote wie „Jugend Aktiv Plus“ und die Streetworkstation von „Off Road Kids“. Erwähnt werden muss darüber hinaus auch noch das „Sperrgebiet“ als Angebot für (junge) Prostituierte. Schließlich wird Straßensozialarbeit wie z.B. „Streetlife“ gefördert und es gibt durch die Bezirksämter regionale Angebote wie das „Wohnprojekt Steilshoop“.

Relativ jung ist auch noch das Angebot „RIO – Reichsbahnstraße Inobhutnahme“.

Dort werden Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahren untergebracht, die zum Zeitpunkt der Inobhutnahme nicht für eine sozialpädagogische Betreuung in einer Regeleinrichtung bereit sind. Vorrangiges Ziel der Inobhutnahme dieser Jugendlichen ist die Verhinderung von Obdachlosigkeit. Sie verfügt über bis zu sechs Plätze. Der Aufenthalt der männlichen und weiblichen Jugendlichen ist auf maximal drei Monate begrenzt. Sie gewährleistet Schutz und eine Grundversorgung sowie die Entwicklung eines vom Jugendlichen akzeptierten Betreuungsangebotes und die Begleitung zu anderen Institutionen. Die Jugendlichen werden ausschließlich durch den Kinder- und Jugendnotdienst (KJND) und das Familieninterventionsteam (FIT) vermittelt. Die Jugendlichen sollen dazu befähigt werden mehr Selbstbe-

... oder der Staatsanwaltschaft gesucht werden, um das Projekt nicht gleich zu gefährden.

stimmung und Selbstverantwortung zu erlangen. Zunächst geht es aber um „Notfallhilfe“, Krisenbearbeitung und die Klärung über Ort und Ziel der sich anschließenden Maßnahme. Es gibt im „RIO“ keine Alltagsstrukturen. Vielmehr wird ein Angebot ohne Anspruch auf Erziehung, Kontinuität, gemeinsame Ziele und ohne gruppenpädagogisches Konzept gemacht. Im Jahr 2018 wurden 24 Jugendliche dort betreut (18 Jungen und 6 Mädchen). Obwohl es dort wenig Anforderungen an die Jugendlichen gibt, gab es insgesamt 39 besondere Vorkommnisse.

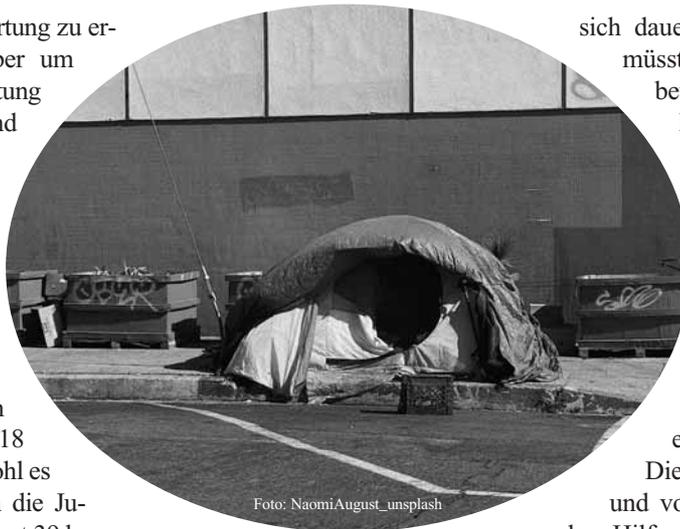


Foto: NaomiAugust\_unsplash

## Wie geht es weiter?

Ob vor dem Hintergrund der Hamburger Geschichte und des bestehenden Hilfeangebots eine bedingungslose Grundversorgung bei Minderjährigen der richtige Weg ist, muss für Hamburg weiter – auch rechtlich – diskutiert werden. Zwar zeigen die Erfahrungen der „Werkstatt Solidarität“ aus Essen, dass der Ansatz erfolgversprechend sein könnte. Es müsste aber noch weitergehende Untersuchungen dazu geben, wie die Jugendlichen selbst die Unterbringung erleben und ob

sich dauerhafte Erfolge zeigen. Zudem müsste ein Konsens mit den anderen beteiligten Institutionen wie der Polizei oder der Staatsanwaltschaft gesucht werden, um das Projekt nicht gleich zu gefährden. Dafür bedarf es weiterer vertiefender Diskussionen. Ansätze wie „Housing First“ sollten in die Diskussion über bessere Unterstützungen für junge Wohnungslose im Übrigen ebenfalls einbezogen werden. Die Stimmen der Praktiker\*innen und von „MOMO“ zeigen, dass sich das Hilfesystem weiterentwickeln muss.

Die Pandemie hat auch bezüglich des Problems wohnungsloser Jugendlicher Defizite deutlich gemacht. Vielfach ist dadurch z.B. das sogenannte „Sofahopping“ schwieriger geworden. Auch Einnahmequellen wie Betteln sind weggefallen. Möglicherweise müssen sich die Jugendlichen deshalb prostituieren. Dies muss die Kinder- und Jugendhilfe versuchen zu verhindern! Im Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD zum Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen (Kinder- und Jugendstärkungsgesetz – KJSG) wird dementsprechend die wirksame Bekämpfung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit von jungen Menschen auch durch Unterstützung mit Modellprojekten und sie begleitenden Studien gefordert.

### Literatur:

- Bange, Dirk (2016). Straßenkinder. In: Forum für Kinder- und Jugendarbeit, 32. Jg. Heft 1, S. 4-8.
- Baur, Dieter u.a. (1998): Leistungen und Grenzen von Heimerziehung: Ergebnisse einer Evaluationsstudie stationärer und teilstationärer Erziehungshilfen (Forschungsprojekt Jule; Projektleitung Hans Thiersch). Herausgegeben vom Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend. Stuttgart: Kohlhammer.
- Beierle, Sarah & Hoch, Carolin (2017). Straßenjugendliche in Deutschland. Forschungsergebnisse und Empfehlungen. München: Deutsche Jugendinstitut. Link: [www.dji.de/fileadmin/user\\_upload/bibs2017/25865\\_beierle\\_hoch\\_strassenjugendliche.pdf](http://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2017/25865_beierle_hoch_strassenjugendliche.pdf) [10.5.2021]
- Bittscheid, Dorothee & Kunstreich, Tim (2014). „Menschen statt Mauern“: Die Abschaffung der geschlossenen Unterbringung und deren Konsequenzen für eine sozialräumliche Strategie in der Sozialen Arbeit am Beispiel Hamburgs; Ein Gespräch. Widersprüche. In: Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, 34 (131), S. 69-83. Link: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-49683-1> [10.5.2021]
- hamburger arbeit GmbH (2020). Couchsurfing – verdeckte Wohnungslosigkeit bei unter 27-Jährigen in Wandsbek – Aktueller Stand – Veränderungsmöglichkeiten. Autor\*innen: Steiner, Carmen, Schneider, Barbara & Simon Ohlig. Hamburg.
- Heemann, Peter (2020). Der Versuch, einen Kaktus zu umarmen. In: Degener Lea, u.a. (Hrsg.). Dressur zur Mündigkeit? Über die Verletzung von Kinderrechten in der Heimerziehung, S. 293-301. Weinheim: Beltz-Juventa:
- Laura (2020). „Mein Rucksack und meine Hunde waren alles was ich hatte.“ In: Forum Erziehungshilfe, Heft 5, S. 275-277
- Peters, Friedhelm & Wohlert, Fred (2003). Im Jahre 4 nach der Hamburger Heimreform von 1982: Erfahrungen, ungelöste Probleme, Perspektiven. In: Wolf, Klaus (Hrsg.). Entwicklungen in der Heimerziehung, S. 103-130. Münster: Votum:
- Werkstatt Solidarität Essen gGmbH (2021). Eine neue Form der Jugendhilfe. Unveröffentlichte PPP. Essen.

Dr. Dirk Bange,



Jahrgang 1963, ist seit 1996 Mitarbeiter der Hamburger Sozialbehörde und leitet seit 2006 die Abteilung Familie und Kindertagesbetreuung bei der BASFI. Von 1992 bis 1996 war er Mitarbeiter der Kontakt- und Informationsstelle gegen sexuellen Missbrauch an Mädchen und Jungen Zartbitter Köln e.V.